

# Umwelt- und Arbeitsschutz

## Ausbau von Windenergieanlagen soll beschleunigt werden

Im Alb-Donau-Kreis werden aktuell 44 Windenergieanlagen betrieben, die zusammen auf eine installierte Leistung von 60,8 Megawatt kommen. Windenergieanlagen dürfen im Alb-Donau-Kreis nur in den vom Regionalverband Donau-Iller ausgewiesenen 13 Vorranggebieten errichtet werden.

Durch die Energiekrise ist der notwendige Ausbau der Windenergie zunehmend in den Fokus geraten. Die Bundesregierung hat die Ausbauziele für erneuerbare Energien deutlich angehoben und im Juli 2022 ein Paket von fünf Gesetzesnovellen beschlossen, die zu einem schnelleren Ausbau beitragen sollen.



Montage von Rotorblättern mit einem Kran  
Bilder: © BWE/Tim Riediger



Das Getriebe mit Hauptwelle wird mit Hilfe eines Krans in die Anlagengondel eingebaut

Oben: Windenergieprojekt am Starnberger See  
Bild: © Markus Pfeiffe

Auswirkungen für das Landratsamt Alb-Donau-Kreis und den Landkreis haben insbesondere das neue Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes.

Bundesweit müssen nun zwei Prozent der Fläche für die Windenergie an Land ausgewiesen werden.

Um das Flächenziel zu erreichen, ist in jedem Bundesland ein prozentualer Anteil der Landesflächen für die Windenergie auszuweisen. Für das Land Baden-Württemberg liegt dieser Flächenbeitragswert bei 1,1 Prozent bis zum 31. Dezember 2027 und 1,8 Prozent bis zum 31. Dezember 2032. Derzeit sind im Regionalplan Donau-Iller 0,43 Prozent des Regionalplangebiets für die Windkraft ausgewiesen.

Die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes führt zu Erleichterungen im Bereich des Artenschutzes: Einerseits wird die Prüfung des Tötungs- und Verletzungsverbots für kollisionsgefährdete Brutvogelarten bundeseinheitlich standardisiert. Andererseits wurde klargestellt, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient – das erleichtert es, artenschutzrechtliche Ausnahmen zu erteilen. Auch für die Modernisierung von Windenergieanlagen, dem sogenannten Repowering, sind solche Erleichterungen vorgesehen. Zusätzlich wird sichergestellt, dass auch Landschaftsschutzgebiete in die Flächensuche miteinbezogen werden können.

## Aufwändige Genehmigungsverfahren

Um eine Windenergieanlage mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern zu errichten und zu betreiben, ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich. Das umfangreiche Genehmigungsverfahren wird von der unteren Immissionsschutzbehörde im Fachdienst Umwelt- und Arbeitsschutz durchgeführt und geleitet.

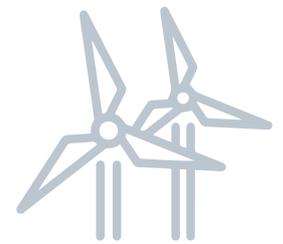
Schon bevor ein Antrag eingereicht wird, findet in der Regel eine intensive Abstimmung zwischen den Antragstellern und der unteren Immissionsschutzbehörde statt. Indem die Antragssteller über die Anforderungen der benötigten Unterlagen – beispielsweise zu Themen wie Schattenwurf,

Schallimmissionen und Artenschutz – aufgeklärt werden, kann das eigentliche Verfahren deutlich beschleunigt werden.

Zentrale Fragestellungen ergeben sich speziell im Alb-Donau-Kreis zum einen durch mögliche Konflikte mit den Flugstrecken und Flugkorridoren der Bundeswehr ausgehend vom Militärflugplatz Laupheim und zum anderen durch die Nähe zu der vom Deutschen Wetterdienst betriebenen Wetterradarstation in Türkheim.

Aktuell gibt es im Alb-Donau-Kreis fünf laufende Verfahren für den Bau von Windenergieanlagen, weitere

Projekte befinden sich in der Vorplanung. Durch die aktuellen Gesetzesänderungen und weitere geplante Maßnahmen der Bundesregierung ist in den kommenden Jahren mit einer Zunahme der Windenergieprojekte und der damit verbundenen Genehmigungsverfahren zu rechnen.



Servicearbeiten auf der Gondel einer Windenergieanlage. Bild: © REpower Systems AG



## Hochwasservorhersage in den Winkelgemeinden

Nach dem extremen Starkregen in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 2021 über den Winkelgemeinden kam es am Stehenbach zum schlimmsten Hochwasser der letzten Jahrhunderte. Um ein solch verheerendes Ereignis in Zukunft zu verhindern, sind Anstrengungen in vielen Bereichen nötig. Neben der großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, dem Schutz des Klimas, geht es vor Ort ganz unmittelbar auch darum, sich für solche Katastrophen noch besser zu wappnen. Hierbei unterstützt der Fachdienst Umwelt- und Arbeitsschutz die Städte und Gemeinden im Alb-Donau-Kreis.



Bei der offiziellen Inbetriebnahme dieses Vorzeigeprojekts am 23. August 2022 in Oberstadion nahm Landrat Heiner Scheffold teil und dankte allen Beteiligten für ihr großes Engagement



Pegelmessstation an der Brücke über den Tobelbach in Emerkingen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachdienstes prüfen die Planungen und genehmigen den Bau von Starkregen- und Hochwasserrückhaltebecken sowie anderen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.

Beispielsweise wurde in diesem Sommer das Starkregentrückhaltebecken in Tomerdingen gebaut, auch in Erbach und in vielen weiteren Kommunen

finden umfangreiche Maßnahmen zum Hochwasser- und Starkregenschutz statt.

Landesweit liegt der Fokus auf der besseren Vorhersage der Starkniederschläge aus meteorologischer Sicht. Da diese Unwetterwarnungen in der Praxis oft zu unpräzise sind, ist es sinnvoll, die Vorhersagen durch Messungen zu ergänzen. Die wenigen bestehenden Pegelmessstationen des Landes liegen in den Winkelgemeinden allerdings flussabwärts und die Daten werden nur in größeren Zeitabständen aktualisiert. Die Installation von Pegelmessstationen an kleinen Gewässern wird bislang allerdings noch nicht gefördert. Daher haben die Gemeinden am Stehenbach selbst investiert und einen Vorschlag des Unterstadioner Medizinstudenten Robert Demmelmaier für ein Pegelmonitoring umgesetzt. Dieser hat

das Hochwasser selbst miterlebt und daraufhin die Idee eines Frühwarnsystems mit vielen kleinen Pegeln entwickelt.

In enger Abstimmung mit dem Fachdienst Umwelt- und Arbeitsschutz wurden 22 Pegelsensoren in Zusammenarbeit mit Netze BW am Stehenbach und seinen Zuflüssen installiert. Dank der Datenübertragung über das LoRaWan-Netz (Long Range Wide Area Network) erfolgt die Aktualisierung der Daten quasi in Echtzeit.

Die Kosten von 66.000 Euro teilen sich die acht Kommunen. Nun können sich die Bevölkerung und die Einsatzkräfte über das Ausmaß einer drohenden Überflutung informieren und entsprechend reagieren, beispielsweise frühzeitig Sandsäcke und mobile Hochwasserschutzanlagen zu gefährdeten Bereichen bringen.